

# Gruppe SPD -B'90/Die Grünen im Rat der Stadt Burgdorf

31303 Burgdorf  
Vor dem Hann. Tor 1  
5. Feb 2016

Herrn Bürgermeister  
Alfred Baxmann  
Rathaus II  
Vor dem Hann. Tor 1  
31303 Burgdorf

Antrag gemäß Geschäftsordnung  
Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge und Asylbewerber im Stadtgebiet

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die von der Verwaltung erfolgreich durchgeführte Bürgerversammlung am 27.1.2016 hat gezeigt, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger mit dem Thema der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern auseinandersetzen. Es wurde deutlich, dass eine Reihe von Mitbürgern verunsichert über die Folgen der Errichtung von entsprechendem Wohnraum in ihrem Wohnumfeld sind, andere wiederum die konstruktiven Vorschläge und Überlegungen unterstützen wollen.

Auf Grund der Notwendigkeit einer Lösung der Wohnraumfrage ist die prioritäre Suche nach geeigneten Flächen, die sich bereits im Eigentum der Stadt befinden, der zunächst einzig gangbare Weg, doch sollten andere Lösungsansätze nicht außer Acht gelassen werden.

Vor diesem Hintergrund beantragen wir:

- Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für die erforderlichen Unterkünfte für Flüchtlinge auf der Grundlage der in der Einwohnerversammlung am 27.01.2016 vorgestellten Überlegungen voranzutreiben. Um eine sinnvolle Integration zu gewährleisten, ist es notwendig, die Unterkünfte für die Flüchtlinge im ganzen Stadtgebiet (inkl. der Ortsteile) zu verteilen. Die Größenordnungen der zu errichtenden Gebäude sollen soweit wie möglich der vorhandenen Wohnstruktur angepasst sein. Dabei können Spielplätze auf den vorhandenen Standorten räumlich

verschoben werden, dürfen aber keineswegs entfallen.

- Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, weitere Standorte (in allen Ortsteilen) für Flüchtlingsunterkünfte zu identifizieren und den Gremien zur Beschlussfassung vorzuschlagen.
- Außerdem sind Projekte (Bauleitplanung, Standortvermarktung etc.) voranzutreiben, die die Bautätigkeit Privater sowie von Wohnungsgenossenschaften und/oder -baugesellschaften befördern.
- Bei der Realisierung der einzelnen Projekte sind die Aspekte der Sozialverträglichkeit und die Möglichkeit zur Integration der zu uns kommenden Flüchtlinge und Asylsuchenden besonders zu berücksichtigen, d.h. die Unterbringung in weit ausserhalb bestehender Wohngebiete befindlicher Liegenschaften ist zu vermeiden.
- Für den erkennbaren weiteren Bedarf an Flächen ist mit den Eigentümern von geeigneten Grundstücken Kontakt aufzunehmen.

Wir bitten um Überweisung in den Ausschuß für Soziales und Integration und in den Bauausschuß.

Mit freundlichen Grüßen

Gerald Hinz

Fraktionsvorsitzender SPD

Hartmut Braun

Fraktionsvorsitzender B'go/Die Grünen